Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 4.50 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49. Fernsprecher Nr. 58 u. 59. Telegr.-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postscheckkonto. Köln 15503.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) ½ Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) — Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr — Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Betreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr 45 — Mittwoch, den 23. Februar 1921. — 44. Jahrgang

Um die Regierungsbildung in Preußen.

Berlin, 23. Febr. Die lakonische Meldung, daß die drei Parteien der **Reichskoalition** beschlossen haben, ein einheitliches Vorgehen bei der Neubildung der preußischen Regierung anzustreben, hat einigermaßen überrascht, nicht so sehr wegen der Sache an sich, sondern mehr wegen der Schnelligkeit, mit der man sich auf der angegebenen Grundlage geeinigt hat. Die Vereinbarungen sind erst heute morgen zustande gekommen. Sie gehen dahin, daß sich **die drei an der Reichsregierung beteiligten Parteien solidarisch erklären** und keine andere Gruppierung in Preußen zur Regierung kommen lassen werden, als die im Reiche bestandene. Wie das geschehen wird, das werden erst die Verhandlungen ergeben, die sofort aufgenommen worden sind. Vorläufig haben die beiden bereits an der preußischen Regierung beteiligten Parteien, die Demokraten und das Zentrum, die Aufgabe, die preußische Staatsregierung, das heißt im wesentlichen die Sozialdemokraten, davon zu überzeugen, daß die Regierung in ihrer bisherigen Form nicht weiter wird bestehen können. Die Deutsche Volkspartei hat sich bei ihrem Vorgehen von dem Gedanken leiten lassen, daß der Dualismus, wie er bisher zwischen Preußen und dem Reiche bestand, unbedingt aufhören muß. Sie geht, wie bereits gestern angedeutet, noch einen Schritt weiter und hat **Verhandlungen mit den Deutschnationalen** angeknüpft, die die Neubildung der nationalen Einheitsfront im Reiche und in Preußen zum Ziele haben. Wie wir zu wissen glauben, werden sie sich dabei keine Zurückweisung bei der äußersten Rechten holen. Der schwierigste Punkt ist aber die Sozialdemokratie. Die Reichsregierung stützt sich auf eine Minderheit, und die preußische, die aus den gleichen Parteien gebildet ist, würde auch nur eine Minderheit hinter sich haben, wenngleich die drei Koalitionsparteien immer noch mehr Stimmen haben, als die drei sozialistischen und ihren Willen also unter allen Umständen durchzusetzen vermögen. Es ist aber trotzdem eine **Verbreiterung nach links oder rechts wünschenswert.** Der Einbeziehung der Deutschnationalen würden sich, nach unserer Kenntnis der Dinge, sehr erhebliche und wohl unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, da zumindest die **Demokraten**, vermutlich aber auch das **Zentrum** einem derartigen Plane **ablehnend** gegenüberstehen. Bleibt noch der Eintritt der **Sozialdemokraten!** Bei ihrer bekannt, wie festgestellt werden kann, außerordentlich wenig **Neigung, in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei einzutreten.** Viele ihrer Abgeordneten, vor allem sämtliche Groß-Berliner, sind nur unter der Geltung gewählt worden, daß sie sich keiner derartigen Kombination anschließen würden, und ebenso bekannt ist der Standpunkt Scheidemanns, der über einen nicht unerheblichen Anhang verfügt, daß ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei nicht möglich sei. Scheidemann hat nun gestern unter Aufrechterhaltung seiner ablehnenden Haltung einem Ausfrager erklärt, „daß die Entscheidung davon abhänge, auf Grund welchen Aktionsprogramms eine neue Regierung im Reiche arbeiten solle." Wenn diese Aeußerung authentisch ist, könnte man beinahe glauben, daß die **Sozialdemokraten zum Eintreten bereit wären.** Ob das tatsächlich der Fall ist, läßt sich zur Stunde nicht sagen. Nur so viel ist gegenwärtig sicher, daß man **in den Kreisen der preußischen sozialistischen Regierung eine Verbreiterung der Koalition durch die Deutsche Volkspartei überhaupt für unnötig hält,** da die Regierungsparteien in genügender Stärke in den Landtag zurückkehren und eine tragfähige Mehrheit bilden. Man weist in diesen Kreisen auch darauf hin, daß die Sozialdemokratische Partei nicht die Absicht habe, durch den etwaigen Anschluß an die Koalition der Reichsregierung auf die Vorteile und den Einfluß, den sie kraft ihrer Mandate in Preußen hat, auch nur in etwa zu verzichten oder sich verkümmern zu lassen. Wie sich die beiden anderen preußischen Parteien zu dieser Frage stellen, schwebt völlig im Dunkeln. Wenn man einer sozialdemokratischen Darstellung glauben darf, dann besteht auch bei ihnen — ausgesprochenermaßen — keine große Lust nach einer Aenderung des bestehenden Verhältnisses. **Die ganze Frage wird freilich erst akut, wenn am 10. März der Landtag sich konstituiert.** Ihm fiele die Aufgabe ob, den Ministerpräsidenten zu wählen, wenngleich vorher schon eine Verständigung zwischen den Parteien hergestellt sein muß. Bis dahin hat auch die Londoner Konferenz begonnen, und es sind höchstwahrscheinlich Ereignisse eingetreten, die keine Verhandlungen über irgend welche Koalitionen mehr notwendig machen, sondern die **nationale Einheitsfront von Hergt bis Scheidemann im Reiche wie in Preußen erzwingen.**

Die Westfälische Provinziallandtagswahl.

Die Westfälische Provinziallandtagswahl.

Das Ergebnis der Provinziallandtagswahl in Westfalen sowie die Mandatsverteilung teilen wir untenstehend mit.

Danach wird sich der neue Provinziallandtag in Münster zusammensetzen aus 134 Mitgliedern, von denen 18 Deutsche Volkspartei, 12 Deutschnationale, 50 Zentrum, 6 Demokraten, 31 Sozialdemokraten, 6 Unabhängige, 9 Kommunisten und 2 Polen sind.

Im Westfälischen Provinziallandtag ist nach dem Wahlergebnis erfreulicherweise wie in den meisten Kreistagen und im Preußischen Landtage ebenfalls eine **starke bürgerliche Mehrheit** gesichert; in Münster werden sich 46 Sozialisten, 86 Bürgerliche und 2 Polen gegenüberstehen.

Im bisherigen Provinziallandtag sind die beiden Rechtsparteien in einer Fraktion zusammengegangen, möge es auch im neuen Provinziallandtag der Fall sein.

Ostpreußen und Schleswig-Holstein.

Die Ergebnisse der Reichstagsnachwahlen.

Berlin, 22. Febr. Nach den beim Reichswahlleiter vorläufig eingegangenen Meldungen über das Ergebnis der Reichstagswahl in den Kreisen 1 (Ostpreußen) und 14 (Schleswig-Holstein) entfallen Abgeordnete: In

Ostpreußen

auf die Deutschnationalen 4, auf die Sozialdemokraten 3, auf die Deutsche Volkspartei 2, Zentrum 1, Vereinigte Kommunisten 1 Sitz.

Schleswig-Holstein:

Auf die Deutschnationalen 2, Sozialdemokraten 4, Deutsche Volkspartei 2, Demokraten 1 Sitz.

Die Verschiebung im Reichstag.

Berlin, 22. Febr. Auf Grund der Reichstagswahlen in Ostpreußen und Schleswig Holstein ergibt sich unter Anrechnung der noch nicht verwendeten Restlistenstimmen vom 6. Juni 1920 folgende Verschiebung innerhalb der Parteien des Reichstages:

Deutschnational (bisher 66) 71,
Deutsche Volkspartei (bisher 62) 65,
Hannoversche Landespartei (bisher 5) 5,
Zentrum (bisher 67) 68,
Bayrische Volkspartei (bisher 4) 4,
Demokraten (bisher 45) 40,
Sozialdemokraten (bisher 113) 108,
Unabhängige (bisher 59) 61,
Kommunisten (bisher 24) 26.

Die Gesamtzahl der Abgeordneten des Reichstages steigt somit von 460 auf 469.

Die Eröffnung des Staatsgerichtshofs.

Leipzig, 22. Febr. Heute wurde hier im großen Sitzungssaal des Reichsgerichts der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in seiner vorläufigen Verfassung eröffnet. Anwesend waren sämtliche sieben Mitglieder: der Vorsitzende, Senatspräsident beim Reichsgericht **Koenigs**, die Reichsgerichtsräte **Rosenberg** II und Dr. **Pleyder** und die vom Reichstag gewählten Herren Universitätsprofessor Geh. Hofrat Dr. Konrad **Bryde**, München, (Ztr.), Volksschullehrer und Ministerpräsident a. D. Johannes **Hoffmann**, Kaiserslautern, (Soz.), Universitätsprofessor Geh. Justizrat Dr. Wilhelm **Kahl** (D. V.) und Senator Dr. Karl **Petersen**, Hamburg (Dem.) Nachdem Reichsgerichtspräsident Dr. **Delbrück** den Gerichtshof im Namen des Reichsgerichts begrüßt hatte, eröffnete Präsident Koenigs den ersten Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches mit einer bedeutsamen Ansprache, worin er die staatsrechtliche Bedeutung des Gerichtshofs darlegte und dem Wunsche Ausdruck gab, daß seine Wirksamkeit dem deutschen Volk und Vaterland zu Segen und Heil gereichen möge. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Regelung des Prozeßverfahrens. Beschlossen wurde, daß dieses sich zunächst nicht auf die sogenannten Ministeranklagen erstrecken solle.

Die Preußenwahlen.

Die Stimme des Volkes.

26. Januar 1919. — 20. Februar 1921.

Berlin, 23. Febr. Für die preußischen Landtagswahlen wurden insgesamt 15 951 330 Stimmen abgegeben. Davon entfallen auf die einzelnen Parteien:

Deutsche Volkspartei 2 266 000 (bei den Landtagswahlen 1919: 981 000).
Deutschnationale 2 892 000 (bei den Landtagswahlen 1919: 1 936 000).
Zentrum 2 984 000 (bei den Landtagswahlen 1919: 3 846 000).
Demokraten 977 000 (bei den Landtagswahlen 1919: 2 796 000).
Sozialdemokraten 4 171 000 (bei den Landtagswahlen 1919: 6 278 000).
U. S. P. 1 055 000 (bei den Landtagswahlen 1919: 1 280 000).
Kommunisten 1 207 000 (bei den Landtagswahlen 1919: 148 000).

Zusammentritt des neuen Landtages.

Der neue preußische Landtag wird am 10. März zusammentreten und nach der Wahl seines Präsidiums in einer besonderen Sitzung den neuen Ministerpräsidenten wählen.

Parteiverhandlungen.

Berlin, 23. Febr. Seit dem Bekanntwerden des Ergebnisses der neuen Preußenwahlen werden zwischen den bürgerlichen Parteien im Reiche wie im Lande eifrige Verhandlungen geführt. Ueber die Auffassung in den Koalitionskreisen der Reichsregierung hat bereits ein Wolff-Telegramm unterrichtet. Danach sind die Koalitionsparteien im Reiche der sehr richtigen Ansicht, daß die Regierung im Reiche und in Preußen von denselben Parteien getragen werden müßte, damit der jetzige unselige Zwiespalt zwischen dem Reiche und dem größten Bundesstaat endlich aufhöre. Deutsche Volkspartei wie Zentrum und Demokraten haben sich geeinigt, auf dieser Grundlage zunächst die Verhandlungen zu führen. Daß es natürlich sowohl bei den Demokraten wie auf dem linken Flügel des Zentrums immer noch Leute gibt, die in Preußen lieber mit den Rechtssozialisten wie bisher fortwursteln möchten, statt mit der Deutschen Volkspartei oder gar den Deutschnationalen einen entschlossenen bürgerlichen Kurs einzuschlagen, ist klar. Ebenso, daß innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie starke Neigung besteht, die schönen Ministersessel innezubehalten unter Hinweis darauf, daß doch die bisherige preußische Koalitionskoalition noch immer eine knappe Mehrheit habe. In eingeweihten Kreisen glaubt man indessen nicht, daß derartige gewagte Anschauungen dauernd die Oberhand behalten werden. Das Ergebnis von zwei klaren Volkswahlen läßt sich nicht umdeuteln. Es spricht so deutlich gegen den bisherigen Regierungskurs in Preußen, daß seine Beibehaltung politischer Wahnsinn wäre. Eine Umbildung der Regierung in Preußen ist genau so unumgänglich, wie nach den Junimwahlen im Reiche. Fraglich kann nur die Art der Neubildung und ihr Zeitpunkt sein. Bezüglich des letzteren kann man die bevorstehenden Londoner Verhandlungen nicht außer acht lassen. In dieser Hinsicht werden auch, wie wir wissen, die bisherigen Verhandlungen unter den Parteien gepflogen.

Die neuesten Zahlen.

Berlin, 22. Febr. Bis jetzt gelten 399 Abgeordnete als gewählt. Sie verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt:

Deutsche Volkspartei 57, Deutschnationale 72, Zentrum 79, Demokraten 25, Soz. 106, USP. 26, Komm. 30, Wirtschaftsvereinigung 4.

Zu den 399 erwählten Abgeordneten zum Landtag treten die bisherigen 22 Abgeordneten aus Kreis 9 — Oberschlesien der Landesversammlung hinzu. Die Gesamtzahl beträgt also

421 Abgeordnete.

Auf die einzelnen Parteien entfallen diese 22 Abgeordnete wie nachstehend angeführt, so daß für die

Deutsche Volkspartei 57,
Deutschnationale 73,
Zentrum 90,
Demokraten 26,
Wirtschaftsvereinigung 4,
Sozialdemokraten 113,
USP. 28,
Kommunisten 30

Sitze in Frage kommen.

Die Regierungsumbildung.

WTB Berlin, 22. Febr. Heute fand eine Besprechung zwischen den in der Reichsregierung vertretenen Parteien über die durch die Preußenwahlen geschaffene Lage statt. Es besteht vollkommene Einmütigkeit darüber, daß auch eine Lösung gefunden werden müsse, nach der die Regierung im **Reiche** und in **Preußen** von derselben **Parteikoalition** getragen werde. Es wurde vereinbart, daß unter diesem Gesichtspunkte ein einheitliches Vorgehen der in der Reichsregierung vertretenen Parteien bei der Neubildung der preußischen Regierung angestrebt werde.

Die Zusammensetzung des neuen Provinziallandtages.

Dortmund, 22. Febr. Im Anschluß an die vorangegangene Meldung über die Stimmenergebnisse der Wahlen zum Westfälischen Provinziallandtag kann mitgeteilt werden, daß nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen der einzelnen Kreise sich die Mandate im neuen Provinziallandtag wie folgt verteilen:

Reg.-Bez.	Arnsberg	Münster	Minden	Zus.
Deutsche Volksp.	12	3	3	18
Deutschnationale	6	1	5	12
Zentrum	22	21	7	50
Demokraten	4	1	1	6
Sozialdemokraten	19	5	7	31
Unabhängige	5	1	—	6
Kommunisten	7	2	—	9
Polen	1	1	—	2
Zusammen	76	35	23	134

Danach sind von der **Deutschen Volkspartei** im Regierungsbezirk Arnsberg gewählt: 1. Justizrat Mindhorst, Hamm, 2. Oberbürgermeister Dr. Eichhoff, Dortmund, 3. Bergassessor Müller, Rauxel, 4. Landrat Thomee Altena, 5. Bergwerksdirektor Wimmelmann Gelsenkirchen, 6. Frau Anna Adams, Hörde, 7. Fabrikant Oskar Funke, Hagen, 8. Redakteur Dr. Paul Küppers, Bochum, 9. Landwirt Adolf Loag, Gutsmannshof b. Allagen, 10. Bergassessor Hahenbehl Wanne, 11. Gastwirt Karl Berkemeier, Dortmund, 12. Hüttendirektor Hütte, Geisweid b. Siegen.

Von den Deutschnationalen sind gewählt: Gewerkschaftssekretär Haas, Weidenau, Fabrikant Lüttringhaus Lennepfeld, Landrat Schulz-Bellkum, Hamm, Frau Hoffmann, Bochum, Gutsbesitzer Langes-Windhoff Soest, Pastor Frey, Linden a. Lippe.

Die Deutsche demokratische Partei wird für Arnsberg entsenden Lehrer Fritz Hue, Gerlinghausen (Sauerland), Oberbürgermeister Cuno, Hagen, Fabrikant Jul. Stocken, Milspe und Postmeister Heinr. Alberts, Werdohl.

Die Namen der von den übrigen Parteien im Regierungsbezirk Arnsberg Gewählten werden wir noch veröffentlichen.

Wahlbeteiligung 100 Prozent!

Potsdam, 22. Febr. In dem Dörfchen **Philadelphia**, im Kreise Beeskow-Storkow im Regierungsbezirk Potsdam, haben **sämtliche eingeschriebenen 93 Wähler ihre Wahlpflicht erfüllt.**

(Das sollten sich **bürgerliche** Schlafmützen merken. Die Schriftl.)

Der bürgerliche Wahlsieg in Bremen.

Bremer Bürgerschaftswahlen. Amtliches Ergebnis 105 Bezirke: Deutsche Volksp. 26 955, Zentr. 2378, Dem. 25 718, Soz. 33 107, Unabh. 31 195, Komm. 9 989, Wirtschaftsp. 5218, ungültige Stimmen 358.

Französische Pressestimmen über die Preußenwahlen.

Paris, 22. Febr. Zum Ergebnis der preußischen Landtagswahlen schreibt Gustave Herve in der „Victoire", man sehe wohl, daß die beiden Rechtsparteien einige Sitze gewonnen hätten, aber da sie im alten Landtag nur den vierten Teil der Sitze inne gehabt hätten, würden sie doch nur eine vollständig ungefährliche Minderheit bleiben. **Es sei also feststehende Tatsache, daß die Männer der Partei von 1914 nur ein Viertel der Wähler für sich haben.**

„Echo de Paris" erklärt, die preußischen Wahlen hätten, wie erwartet, eine Schwenkung nach rechts gebracht. Die Unabhängigen hätten sehr gelitten. Die Nationalisten hätten zum Schaden der gemäßigten Konservativen Erfolge erzielt. Die Rechtssozialisten gewinnen an Stimmen, so daß die Mehrheit der demokratischen Parteien Herr der Lage bleibe. Man dürfe die Bedeutung der Ergebnisse nicht übertreiben, denn die Mehrheitssozialisten dächten indezug auf den Friedensvertrag von Versailles wie alle Deutschen, d. h. sie hätten nur eine Tendenz, ihn nicht auszuführen.

Der nationale Trauertag.

Der Reichsminister des Innern hat, wie schon gemeldet, dem Reichsrat einen Gesetzentwurf über den allgemeinen Trauertag zugehen lassen. Er besteht aus dem einzigen Paragraphen: **„Der 6. März 1921 wird zum allgemeinen Trauertag für die Opfer des Krieges erklärt."**

In der Begründung sagt der Reichsminister des Innern, daß die Reichsregierung in dem erwähnten Antrag eine Bestätigung dafür erblickt, daß weite Kreise des Volkes das Bedürfnis empfinden, einen Tag des Jahres dem Gefühl der Trauer über die Opfer zu widmen, die der Krieg dem Staat und dem einzelnen auferlegt hat. Es heißt dann weiter:

„An diesem Tage mögen sich alle Volksgenossen eins wissen in dem Gedanken an die im Kriege gefallenen und beschädigten Verteidiger des Vaterlandes, an die aus der Gefangenschaft oder aus fernen Landen nicht Zurückgekehrten, an ihre durch Not und Entbehrungen verlorenen Lieben, an die vom Heimatlande abgetrennten oder unter fremder Besatzung schmachtenden Stammesbrüder, an alle Leiden und Schrecken, die dem einzelnen wie der Gesamtheit durch den Gewaltfrieden auferlegt worden sind."

Der Trauertag soll als Tag der Arbeitsruhe durch würdige Feiern in religiösen und weltlichen Formen begangen werden und den Schutz der staatlich anerkannten Feiertage nach Reichs- und Landesrecht genießen. Für dieses Jahr wird der 6. März als Trauertag vorgeschlagen. Die Frage der Festsetzung eines allgemeinen Trauertages für künftige Jahre soll weiteren Verhandlungen vorbehalten bleiben.

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Paris, 22. Febr. Wie „Echo de Paris" mitteilt, sind es die beiden englischen und italienischen Mitglieder der militärischen Mission in Oppeln gewesen, die die Entscheidung zugunsten der Bestimmungen des Friedensvertrages über die Volksabstimmung in Oberschlesien gegeben hätten. Durch die getrennte Abstimmung, hätten sie erklärt, könnten die polnischen Einwohner Oberschlesiens acht Tage nach der Abstimmung der Einheimischen den ankommenden neuen Wahlberechtigten Hindernisse bereiten. Sie hätten deshalb gefragt, ob man nicht eine angebliche deutsche Gefahr beseitige und eine polnische Gefahr schaffe, die ebenso gefährlich wäre, der Gerechtigkeit Abbruch zu tun, und schließlich hätten sich ja nur 150 000 Oberschlesier, die außerhalb Oberschlesiens wohnen, zur Wahl angemeldet und nicht 350 000. Diese Zahl werde nichts an der Verteilung der 800 000 Stimmen der Einheimischen ändern. Diese Tatsache hätte Briand bekämpft. Er habe erklärt, die letzte Entscheidung des Obersten Rates sei endgültig, und keine Regierung dürfe sie in Frage stellen. Es sei zu einer sehr unangenehmen Auseinandersetzung gekommen, die zwei Stunden gedauert hätte. Ministerpräsident Briand habe sich schließlich unterwerfen müssen.

Paris, 23. Febr. Die Haltung der Pariser Presse gegenüber dem Beschluß des Obersten Rates, die Abstimmung in Oberschlesien gleichzeitig stattfinden zu lassen, ist geteilt. Der „Temps" bedauert diese Entscheidung, da eine Methode der Zugeständnisse nach seiner Befürchtung auf Deutschland nicht im Sinne einer Friedensversicherung wirkt. Das Blatt befürchtet, daß die Zureise der Auszuwanderten einem Druck gleichkommen wird, auch wenn es sich nur um 180 000 statt wie früher angenommen um 350 000 handelt. Die vier englischen Bataillone für Oberschlesien möchte der „Temps" nicht der Besatzung des Kölner Brückenkopfes entnommen haben und er betont, daß England nach dem Friedensvertrag zur Entsendung von Truppen verpflichtet sei und nicht etwa das Recht habe, dafür Gegenleistungen zu beanspruchen.

Das „Journal des Debats" begrüßt dagegen den Londoner Beschluß, da die gleichzeitige Abstimmung dem Geist des Friedensvertrages entspreche und auch der Gefahr vorgebeugt wird, daß Deutschland gegen das Ergebnis der Volksabstimmung protestieren könnte.

Berlin, 23. Febr. Der Warschauer Korrespondent der „Voss. Ztg." berichtet, daß in der polnischen Hauptstadt seit der Rückkehr Pilsudskis aus Paris ein Uebermut herrscht, der zu ernsten Besorgnissen Anlaß gebe. In der Presse macht sich eine bisher nicht in die Erscheinung getretene Agressivität geltend. Niemals ei er von den polnischen Zeitungen so bewußt brüskierend, so rücksichtslos herausfordernd, so kampflustig aufgetschend gegen alle Nachbarländer gewesen. So wird in einer Zeitung, dem „Kurjer Poranny", ganz offen die Frage aufgeworfen, „ob es bei der Abstimmung in Oberschlesien zu einem polnisch-deutschen Kriege oder doch zu bewaffneten Zusammenstößen kommen könnte", ebenso wird Rußland, mit dem man doch eben Frieden schließen will, neuerdings sehr deutlich und scharf bedroht. In Posen haben die dortigen Stadtverordneten einen „energischen Protest" gegen den beabsichtigten Hauskauf für das dortige deutsche Konsulat erhoben, und in Warschau sind während der dortigen „Oberschlesischen Woche" friedlich in Gasthäusern sitzende Deutsche in vorher nie gekannter Weise angegriffen worden.

Wie der deutsche Wettbewerb erdrosselt werden soll.

Paris, 21. Febr. Im heutigen Leitartikel sagt „Temps": Der deutsche Wettbewerb könne nicht mehr gefährlich werden, wenn die Verbündeten die hauptsächlichsten Bodenreichtümer — mit der Aufsicht über die Kohle begonnen — selbst in Bewachung nehmen würden. Wenn sie also Deutschland zwingen, seine Produktion nicht mehr zu planmäßigen Eroberungen des Weltmarktes zu gebrauchen, sondern zur Bezahlung der Entschädigungen, die es schulde, dann würden nicht die Stinnesleute, sondern die Gläubiger Deutschlands den Tribut von der deutschen Erzeugung übernehmen. Deutschland würde dann seine ganze Kraft zur Vervollkommnung seiner Konkurrenz nicht verwenden können, sondern es müßte liefern, was seinen Gläubigern fehlt und seine landwirtschaftliche Produktion vergrößern. Je nach der Politik, die die Verbündeten verfolgen, könne also Deutschland wenig produzieren, um die Verbündeten zu ruinieren oder zu bezahlen. Lloyd George befürchtet die erste Möglichkeit und habe dabei nicht Unrecht, aber seine Vernunftgründe beweisen einfach, daß man sich so einrichten müsse, daß die zweite Möglichkeit verwirklicht werden könnte.

Die „schwarzen Franzosen".

Was im besetzten Gebiet nicht veröffentlicht werden darf.

Mainz, 22. Febr. Am 8. Februar zwischen ½11 und ¾11 Uhr abends wurde ein deutscher Zivilist in England nochmals vernommen werden oder nach Deutschland kommen. Hier wird alles getan, um die Sache zu beschleunigen. Voraussichtlich werden in nicht allzulanger Zeit Verhandlungen vor dem Reichsgericht erfolgen.

Volbwohner, der mit seiner Nichte auf dem Heimwege war, etwa 300 Meter von seiner Wohnung am Glacis von einem farbigen Kolonialsoldaten, nachdem dieser einen tierischen wiehernden Schrei ausgestoßen hatte, überfallen und angegriffen. Die Kugel, die aus einer Nähe von etwa zehn Meter abgeschossen wurde, verletzte den Herrn hinter dem Ohr. Während das Mädchen bewußtlos in den Graben fiel, versuchte der Unhold, „Vertreter der Culture française", über das Mädchen herzufallen. In seiner Angst und Verzweiflung wehrte sich dieses tapfer. Der Unhold versuchte dem jungen Mädchen sein Seitengewehr in den Hals zu stechen. Nur dem Umstande, daß das Mädchen seinen Mantelkragen hoch trug und fest an den Hals gelegt hatte, ist es zu verdanken, daß es hier nur sehr gering verletzt wurde. Dem jungen Mädchen schlug der Unhold wiederholt sein Seitengewehr über den Rücken. Ein kräftiger Schlag fiel über das linke Auge. Eine große fingerbreit klaffende Wunde ist der „Kulturbeweis" dieses Franzosenheldens! Als der „Held" sah, daß sein angeschossenes Opfer sich wieder erhob, ließ er von dem Mädchen ab und floh quer übers Feld. Bei der am nächsten Morgen der französischen Behörde erstatteten Anzeige versuchte man die Tatsache harmlos damit zu erklären, daß der Angelegenheit wahrscheinlich eine Liebschaft zugrunde liege, ein Ausweg, der bei der Sachlage die Verlegenheit der Franzosen nur noch erhöhen muß, weil jeglicher Grund dazu ausgeschlossen ist. Im Interesse der Deutschen liegt es, mit aller deutschen Energie darauf zu drängen, daß die Franzosen gezwungen werden die in Fall anzuerkennen durch Zahlung einer hohen Buße in klingender Münze als Entschädigung für die erlittenen Qualen und als Anerkennung der „Culture française."

Vor der Uebergabe der Gegenvorschläge.

Die Deutsche Zeitung erfährt aus Berlin:

Die deutschen Gegenvorschläge für die Londoner Konferenz, die bis Donnerstag fertig gestellt sein dürften und in diesen Tagen auch vertraglich den neuen Parteien mitgeteilt werden, sollen Ende der Woche den Ententeregierungen in Paris überreicht werden, da die deutsche Regierung angeblich dem Wunsch der Entente nachkommen will, ihre Gegenvorschläge vor Beginn der Konferenz bekannt zu geben. Die deutschen Delegierten, die morgen bestimmt werden, werden Samstag ihre Reise nach London antreten. Reichsregierung und Reichstag werden wahrscheinlich vor Beginn der Konferenz und nach Bekanntgabe der deutschen Vorschläge an das Volk Kundgebungen erlassen, die diese Vorschläge näher begründen und nochmals den festen Entschluß der Reichsregierung darlegen.

Die deutsche Delegation für die Londoner Konferenz.

Berlin, 22. Febr. Wie wir erfahren, wird Reichsminister Dr. Simons zur Londoner Konferenz von Ministerrat Dr. von Simson begleitet werden. Der deutschen Delegation werden weiter angehören u. a.: Dr. Melchior und Dr. Walter Rathenau. Hugo Stinnes wird nicht nach London gehen.

Das Verfahren gegen die „Kriegsverbrecher".

Leipzig, 22. Febr. Zu den Blättermeldungen über Aeußerungen des englischen Generalanwalts Hewart im Unterhause hinsichtlich des Verfahrens gegen die sog. „Kriegsverbrecher" vor dem Reichsgericht wird von zuständiger Stelle gemeldet: Es stimmt, daß kein einziger Fall durch Uebereinkommen oder auf anderem Wege beigelegt worden ist. Die durch das englische Prozeßverfahren bedingten Schwierigkeiten bestehen insofern, als die deutschen Behörden nicht wissen, wer die englischen Zeugen vernommen hat. Um irgendwie die Zeugenaussagen prozessual verwertbar zu machen, müßten die Zeugen

Eine Note des Wiederaufbauausschusses.

Berlin, 22. Febr. Die Reparationskommission in Paris veröffentlicht eine Note vom 20. Februar in der Mitteilung gemacht wird über die Aufstellung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands, die von der Reparationskommission behufs fristgerechter Zustellung am 1. Mai abzuschätzen sind. Darin wird festgestellt, daß Deutschland zur Aeußerung auf die Reparation eine Frist von wenigstens 8, höchstens 15 Tagen, je nach der Natur des Anspruchs bewilligt worden ist.

Hierzu bemerkt das WTB.: Die Note vom 15 d. M. liegt den zuständigen Stellen noch nicht vor. Es ist selbstverständlich ausgeschlossen, daß die deutsche Regierung sich darauf einlassen kann, sich in einzelnen vorschreiben zu lassen, binnen welcher Frist sie die Nachprüfung der außerordentlich umfangreichen Aufstellung zu beenden habe. — Wie wir erfahren, hat die deutsche Kriegslastenkommission Anweisung erhalten, diesen Standpunkt gegenüber der Reparationskommission nochmals zum Ausdruck zu bringen.

Um das Deutschtum im Hultschiner Ländchen.

Wie der „Oberschlesische Anzeiger" meldet, ist im Hultschiner Ländchen ein heldenmütiger Kampf der Einwohnerschaft um ihr Deutschtum entbrannt. Anlaß hierzu gab die Volkszählung. Aus vielen Ortschaften sind Nachrichten darüber eingegangen, daß seitens der tschechischen Kommissare mit den verwerflichsten Mitteln gearbeitet wird, um die Bewohner der Hultschiner Ländchens davon abzubringen, sich bei der Ausfüllung der Listen als Deutsche zu bezeichnen. Mit Gefängnisstrafen oder Geldstrafen bis zu 20 000 Mark werden die heldenmütigen Bekenner ihres Deutschtums bedroht, damit sie sich als Mähren oder gar als Tschechen bezeichnen. Die Volkszählungslisten sind in tschechischer Sprache gehalten, so daß die meisten sie überhaupt nicht lesen können. Stundenlang wird jeder Haushaltungsvorstand bearbeitet, um ihn von seinem Bekenntnis zum Deutschtum abzubringen.

Wiener Arbeiter verhindern die Zerstörung von Kriegsmaterial.

Auf dem Flugfelde Wiener Neustadt hat sich abermals ein Zwischenfall ereignet. Der englische Hauptmann Wouthouse kam mit 5 Soldaten auf das Flugfeld und ordnete an, daß 4000 Propeller mit mitgebrachten Hacken sofort zu zerstören seien. Als die Zerstörung begann, protestierten die Arbeiter dagegen und erklärten, daß sie durch das Vorgehen der englischen Soldaten brotlos würden. Alle Vorstellungen waren vergeblich. Der Hauptmann ergriff selbst eine Hacke, um sich an dem Zerstörungswerk zu beteiligen. Nunmehr warfen sich die Arbeiter vor die Propeller und verhinderten auf diese Weise die weitere Zerstörung. Schließlich ließen die Engländer von ihrer Zerstörungsarbeit ab und verließen das Flugfeld.

Neue Gewaltmaßnahmen in Irland.

In Dublin sind mit einem Male neue militärische Maßnahmen getroffen worden, die nicht nur in Irland, sondern auch in England große Beunruhigung hervorrufen, weil man nicht weiß, was dahinter steckt, umsomehr, da sie gerade in dem Augenblick erfolgen, wo die Regierung im Parlament angegriffen wird. Der ganze Stadtteil Mont Jois in Dublin, der von 35 000 Menschen bewohnt wird und eine Oberstädte von 5 englischen Quadratmeilen umfaßt, ist mit Stacheldraht abgesperrt, während Truppen in Panzerautos durch die Straßen fahren. Auf den Dächern verschiedener Häuser sind Maschinengewehre eingebaut. Alle Häuser werden von den Soldaten durchsucht. Die Straßenbahnen fahren nicht und nur einige Lebensmitteltransporte werden durchgelassen. In einigen Straßen sind Barrikaden aus Sandsäcken errichtet worden.

Die Briefe der Prinzessin.

Von E. Ph. Oppenheim.

22] (Nachdruck verboten.)

Sie brach kurz ab. Ihre Augen hatten sich weit geöffnet, die Komtesse wußte nicht recht, ob es Furcht oder Ueberraschung war, was sich darin spiegelte. Jedenfalls war Margot sehr blaß geworden, und unverwandt sah sie auf einen Punkt.

Die Komtesse verlor ihr Ziel nicht mit Fragen. Sie führte die Lorgnette an die Augen und sah sich um — folgte der Richtung von Margots Blicken. Gerade auf ihren Tisch zu kam ein junger Mann, der kein Auge von ihnen wandte. Er war sorgfältig und elegant gekleidet, sein blasses Gesicht mit dem energisch geschnittenen Mund war klug und vertrauenerweckend. Ueber seiner ganzen Persönlichkeit lag jener Hauch von Vornehmheit, der sich sofort bemerkbar macht und seinem Träger die Zuvorkommenheit von Wirten und Kellnern sichert. Die Komtesse ließ ihre Lorgnette sinken und sah Margot lächelnd an. Der junge Mann gefiel ihr.

Er blieb ein paar Schritte vor ihnen stehen und lüftete höflich den Hut. Die Komtesse war ärgerlich, als sie sah, wie kalt und abweisend Margot nun aussah. Sie lehnte sich ein wenig vor und war fest entschlossen, sofort einzugreifen, wenn Margot ihn durch ihre Unliebenswürdigkeit, die jungen Männern gegenüber oft erschreckend grob sein konnte, vertreiben sollte. Mein Himmel, wenn man sich so langweilte! Der junge Mann sah wirklich nett aus.

„Ich bitte um Verzeihung, sagte er mit vor Erregung zitternder Stimme, „ich habe so sehr gewünscht Sie irgendwo zu treffen, Fräulein von Wehringen."

Margot zuckte zusammen. Dann stieg eine feine Röte in ihr blasses Gesicht, und sie warf mit einer Bewegung den Kopf zurück, die die Komtesse gut genug kannte.

„Wie können Sie vermuten, daß ich so heiße?" fragte sie kalt.

„Ihr Herr Vater, der Oberstleutnant Arnstorff, ist einer meiner besten Freunde," erwiderte er ernst. „Ich habe den gestrigen Tag in seinem Hause verlebt. Erst heute morgen kam ich nach Berlin — —. Aber ich bitte um Verzeihung — Sie befinden sich nicht wohl — —."

Wirklich war Margot halb ohnmächtig zurückgesunken. Die Komtesse ergriff ihre Hand und umfaßte sie mit festem Druck. Das junge Mädchen fand denn auch sogleich ihre Selbstbeherrschung wieder.

„Woher wissen Sie, daß der Oberstleutnant Arnstorff mein Vater ist?" fragte sie.

„Ich fand eine Photographie von Ihnen im Album Ihrer Schwester," erwiderte er ruhig.

Sie hatte ihre Fassung wiedergefunden. Ein wenig neigte sie sich gegen ihn vor; und nachdem sie sich mit einem raschen Blick davon überzeugt hatte, daß die zunächststehenden Tische unbesetzt waren, sagte sie leise:

„Bitte, halten Sie mich nicht für unfreundlich, Herr Hollfelden. Ich weiß, daß ich Ihnen zu großem Dank verpflichtet bin, ich weiß auch, daß Sie das Recht haben, gewisse Erklärungen von mir zu fordern. Und doch bitte ich Sie von ganzem Herzen, zu gehen, mich nichts zu fragen — bitte ich Sie, mir zu glauben, wenn ich Ihnen versichere, daß nichts in der Welt so wenig wünschenswert ist, wie eine Bekanntschaft zwischen Ihnen und mir."

Heinz wurde unsicher. Sie sprach so eindringlich, und der Blick, mit dem sie ihn anlah, war so beredt, daß er später nicht mehr zu sagen vermochte, wie seine Antwort ausgefallen wäre, wenn man ihn hätte zu einer Antwort kommen lassen. Aber ehe er etwas hatte sagen können, meinte die Komtesse, mit einem bezeichnenden Blick auf den Kellner, der herbe gekommen war und sich in unmittelbarer Nähe zu schaffen machte:

„Findet Sie nicht, liebe Margot, daß der Ort für intime Gespräche nicht recht geeignet ist? Und willst du mich nicht mit deinem Freunde bekannt machen?"

Heinz, der schon gefürchtet hatte, daß er wirklich würde gehen müssen, wendete sich sofort an die Komtesse, die er bisher kaum beachtet hatte. Sie lächelte ihm liebenswürdig zu, und er fand, daß die höchstens dreißigjährige Frau ein angenehmes, kluges Gesicht hatte. Margot zögerte einen Augenblick, man merkte es ihr an, daß sie von dem Eingreifen der Komtesse keineswegs angenehm berührt war. Aber sie fügte sich in das nun Unvermeidliche.

„Gern, liebe Hermine! Herr Hollfelden, von dem ich dir bereits sprach."

„Gewiß, ich erinnere mich," sagte sie freundlich. „Ueberdies habe ich Ihren Namen als den eines bekannten Romanschriftstellers oft nennen hören, Herr Hollfelden. Wollen Sie nicht Ihren Kaffee bei uns einnehmen?"

„Ich fürchte; wir halten Herrn Hollfelden auf," sagte Margot rasch. „Und denkst du an die Zeit, Hermine?"

Aber Heinz hatte sich schon einen Stuhl an den Tisch gezogen gab dem herbeieilenden Kellner den Hut und bestellte Kaffee. Er war nun entschlossen, unter allen Umständen zu bleiben.

„Wenn Sie also freundlichst gestatten, sagte er mit einer leichten Verneigung, und auf die nochmalige freundliche Aufforderung der Komtesse Hermine Waldendorff setzte er sich.

„Sie können uns die Antwort auf eine Frage geben, die uns soeben beschäftigte," sagte die Komtesse. „Wir wußten nicht recht, ob es für zwei Damen, deren eine über die mittleren Jahre hinaus ist, möglich ist, in das Eldorado-Theater zu gehen?"

Heinz sah von einer zu anderen.

„Darf ich fragen," sagte er lächelnd, „wer die Dame ist, die über die mittleren Jahre hinaus ist?"

Die Komtesse lachte leise und liebenswürdig und sah ihn mit einem Blick an, dessen Wirksamkeit sie kannte. Sie konnte einem Mann noch immer gefährlich werden, obwohl sie nicht schön war.

„Ich sehe, wir werden Freunde sein, Herr Hollfelden," sagte sie. „Ein Mann, der in der erregtesten Stimmung noch fähig ist, Komplimente zu machen, ist nach meinem Herzen. Ein wenig Galanterie tut auch uns alten Frauen wohl. Und es ist die erste Schmeichelei, die ich seit vielen Monaten gehört habe. Haben Sie keine Furcht; Margot ist nicht so schrecklich unfreundlich, wie Sie Ihnen jetzt scheinen mag, und ich werde keinesfalls gestatten, daß sie Sie fortschickt. Und nun müssen Sie meine Frage beantworten. Können Margot und ich diese schreckliche Tat begehen, allein das „Eldorado-Theater zu besuchen?"

(Forts. folgt.)

Der Prozeß gegen die „Rote Armee"

Kassel, 21. Febr. In der heutigen Verhandlung wurde zunächst mit der Verlesung des Protokolls über die Aussagen des Angeklagten Harbig in der Voruntersuchung begonnen. Der Angeklagte Harbig behauptete, daß das Protokoll nicht richtig sei und widerrief einige seiner darin enthaltenen Aussagen. Nach längerem Hin und Her ersuchte der Vorsitzende den Angeklagten Harbig, das Gericht nicht so unverschämt zu belügen. Es handelt sich dabei um die Aussagen über das Bestehen von Bezirksleitungen in Kassel, Bielefeld und Remscheid. Nach kurzem Wortgefecht zwischen den Verteidigern und dem Vorsitzenden wurde ein Antrag der Verteidiger, den Vorsitzenden als befangen abzulehnen, nicht berücksichtigt.

Vors.: Es ist doch eigentlich merkwürdig, Harbig, daß Sie heute alles widerrufen, was Sie in der Voruntersuchung über die Funktionen der Berliner Leitung gesagt haben. Heute wollen Sie nichts davon wissen, daß alle Bezirksleitungen einschließlich der Z. O. U. einer besonderen Zentrale der Partei in Berlin unterstanden.

Angekl.: Davon weiß ich gar nichts mehr.

Vors.: Dann will ich zur Unterstützung Ihres Gedächtnisses folgende Stellen aus dem Protokoll, das Sie unterschrieben haben, verlesen. „Schroer kam aus Berlin und sagte mir, daß jetzt die ganze Kampforganisation von Berlin aufgefordert würde, die Organisation für Dortmund durchzuführen. Es solle vorläufig von Dortmund aus geleitet werden."

Angekl.: Wenn ich das gesagt haben soll, so ist dies in der Aufregung geschehen.

Vors.: Wie kam es denn, daß Sie dem Staatsanwalt die Namen Schroer, Kaiser und Klinkmüller sowie Küster nannten? Diese waren den Behörden gar nicht bekannt. Also können Sie doch nicht gelogen haben.

Angekl.: Die Herren vom Gericht sagten, es stünde alles schon in den Akten und da habe ich geglaubt, die Namen wären schon bekannt.

Vors.: Wenn Sie zugeben, daß Sie einmal gesagt haben, daß Sie als überzeugter Kommunist diese K. D. nur auf das freudigste begrüßen könnten, daß ferner diese Kampforganisation als straffe militärische Organisation ausgebaut werden müßte, um in jedem geeigneten Augenblick Kraft zu haben, um sogar gegen die Reichswehr vorgehen zu können.

Angekl.: Ich kann mich auf diese Einzelheiten nicht mehr besinnen. Es ist aber möglich, daß ich den Herren einiges von dem gesagt habe, was Schroer, ich und einige Freunde unter uns über die Tätigkeit der Roten Armee gesprochen haben. Davon aber, daß diese Rote Armee uns in Rheinland und Westfalen als Vorbild seiner militärischen Organisation dienen sollte und daß die Parteileitung der O. K. P. D. in Berlin dies wünschte, davon war im Ernst niemals die Rede.

Der Verteidiger Dr. Wolff ermahnte daraufhin den Angeklagten, bei der Wahrheit zu bleiben.

Harbich erklärte, daß ihm fast alles von seinem Logiswirt „auf der Straße" mitgeteilt worden sei, den er für einen Spitzel halte.

Auf die Frage des Verteidigers, wer Harbich über die Ziele des Kommunismus aufgeklärt habe, erwiderte der Angeklagte, daß dies auf der Straße gewesen sei.

Vors.: Haben Sie mit Führern der O. K. P. D. verhandelt?

Angekl.: Ich habe nur mit Adolf Hoffmann gesprochen und dieser hat die Bildung einer roten Armee als Unfug und puren Schwindel bezeichnet.

Damit war die Vernehmung des Angeklagten Harbich beendet.

Hierauf wird die Vernehmung des Angeklagten Bergmann Schroer vorgenommen. Er gibt zu, schon vor seiner Verhaftung in Berlin an einer Parteikonferenz teilgenommen zu haben. Dort sei aber kein Wort von der Bildung einer Abwehrorganisation oder gar Abwehrarmee gesprochen worden. Es sei vielmehr nur betont worden, daß alle vorhandenen Mittel zur Stärkung der Presse und zur Aufklärung, nicht aber für einen Putsch verwendet werden sollten. Es sollten jedoch alle Kräfte zu einem baldigen Generalstreik zusammengefaßt werden. Es sei hierbei nichts davon gesagt worden, daß dieser Generalstreik etwa mit den Waffen oder mit Hilfe einer Roten Armee durchzuführen sei.

Der Vorsitzende weist den Angeklagten darauf hin, daß bei seiner Verhaftung ein längeres Schriftstück vorgefunden worden sei, daß die Bildung einer roten Armee behandelt und fragte den Angeklagten, wer ihm dieses belastende Schriftstück zugestellt habe. Der Angeklagte erklärte, er habe es am 16. Januar, am Tage vor seiner Verhaftung von einem unbekannten Kurier bekommen. Der Angeklagte hatte den Eindruck, daß der Kurier nichts anderes als ein Spitzel war. Rechtsanwalt Wolff pflichtete dieser Ansicht bei und weist darauf hin, daß das beschlagnahmte Schriftstück fast genau übereinstimmend mit den Richtlinien, die für die Bildung einer Rechtsarmee in einer kleinen Broschüre aufgestellt werden. Er überreicht dem Gericht einen Abzug dieses Materials und beantragte die Ladung von Mitgliedern der Orgesch als Zeugen.

Die Verhandlung wurde gegen 2 Uhr auf Dienstag vormittag vertagt.

Der Essener Wasserturmprozeß.

Essen, 21. Febr. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wird eine frühere Sanitäterin der Roten Armee vernommen. Sie erzählt, daß ihre Kolonne auf dem Wege nach Stoppenberg auf ein Auto gestoßen sei, dem ein Mann entstieg, der den Rotgardisten Mitteilung von angeblich verübten Grausamkeiten der Reichswehrtruppen an Krankenschwestern machte. Thombrock habe im Anschluß daran zu seinen Leuten gesagt: „Leute, nun wißt Ihr zu Bescheid. Es wird alles niedergemacht, was vor die Flinte kommt." In den ersten Nachmittagsstunden habe Thombrock dann auch noch den Mantel eines grünen Polizisten gebracht, und dabei geäußert: „Der Mann, der in diesem Mantel steckte, ist von mir abgemurkst worden." In der Gegenüberstellung Thombrocks mit der Sanitäterin bestreitet er die ihm zur Last gelegte Aeußerung sehr energisch. Durch zwei weitere Zeugen wird der Nachweis erbracht, daß Thombrock zur angegebenen Zeit sich in deren Hause befunden habe. Trotz alledem bleibt die Frau bei ihren Angaben. Thombrock selbst erwähnt, daß er zur Zeit der Unruhen keiner Partei angehört habe und daß es sich für ihn nicht um die Partei, sondern um den revolutionären Charakter überhaupt gehandelt habe. Die Gefangenen habe er nicht freilassen können, weil er dadurch seine Genossen betrogen hätte; daß er die Gefangenen von Dortmund mit nach Hörde genommen habe, sei aus rein menschlichen Erwägungen, nicht aber deshalb geschehen, um nach außen hin seine Zugehörigkeit zur Partei zu bekunden. Alsdann macht der von der Verteidigung geladene Zeuge Hornig seine Aussage. Thombrock soll ihm kurz vor dem Turm gesagt haben, jeder Grüne, der ihm in den Weg käme, sollte niedergeschlagen und der Turm selbst, falls die Uebergabe nicht erfolge, in den Boden geschossen werden. Weiter soll Thombrock in Remscheid erzählt haben, daß er auch zwei Grüne ins Jenseits befördert habe. Der Zeuge behauptet, Thombrock habe zusammen mit einem Oberleutnant versucht, unter den Flüchtlingen einen Putsch zu inszenieren, in der Absicht, der wartenden Reichswehr Gelegenheit und Anlaß zum weiteren Vormarsch zu geben. Thombrock erwidert: „Es ist zu verstehen, daß die Kommunisten ihre Denunziantenmeute auf mich loslassen. Ich habe den Oberleutnant überhaupt nur einmal gesehen, und das war bei einer anderen Gelegenheit." Es wird dann beschlossen, den jetzigen Bürgermeister von Hannover und früheren Beigeordneten der Stadt Essen, Bucerius, als Zeugen für Donnerstag zu laden, um Aufschluß über den Empfang der von der Stadt im Auto entsandten Deputation zur Verhandlung mit den Rotgardisten zu erhalten.

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, 23. Februar.

Der Straßenbahnerstreik beendet.

Unter dem Vorsitz des Verbandspräsidenten des Ruhrkohlensiedlungsverbandes fanden gestern nachmittag um 5 Uhr im Verwaltungsgebäude des Ruhrkohlensiedlungsverbandes in Essen erneut Verhandlungen zwischen den Arbeitgeberverbänden der Westfälischen Straßenbahnen und den Arbeitnehmerorganisationen statt. Wie uns Direktor Pforte, der als Vertreter der Hagener Straßenbahn an den Verhandlungen teilnahm, mitteilt, ist eine Einigung auf folgender Grundlage zustande gekommen:

1. Die durch den Schiedsspruch vom 17. Januar d. Js. festgesetzten Löhne gelten nur für vorbereitete Arbeitnehmer. In diesen Lohn ist einbegriffen ein Haustandsgeld von 1.70 Mk. für Schaffner und Wagenführer und von 25 Pfennig für die Stunde für die Werkstättenarbeiter.

2. Die Aufrückungsfristen werden nur neu einzustellende von 2 auf 3 Monate und von 6 auf 12 Monate erhöht. Das jetzt in den Betrieben befindliche Personal rückt nach den bisherigen Fristen auf.

3. Die Streikenden werden wieder eingestellt. Die erworbenen Rechte werden durch die Arbeitseinstellung nicht verkürzt.

4. Die Vertreter der Arbeitnehmer werden sich bemühen, unverzügliche Wiederaufnahme der Arbeit herbeizuführen.

Es erhalten demnach die verheirateten Schaffner, soweit sie sich 6 Monate im Dienst befinden, nunmehr für den Kalendertag 41 Mark; Fahrer erhalten 1 Mark mehr, also 42 Mark. Hierzu wird die Kleidung gestellt. Die verheirateten Handwerker über 23 Jahre erhalten jetzt einen Stundenlohn von 6,65 Mark.

Es ist damit zu rechnen, daß am Donnerstag morgen der gesamte Betrieb wieder aufgenommen wird.

*

— **Ortsausschuß für Jugendpflege.** Die dem Ortsausschuß für Jugendpflege angeschlossenen Vereine und Körperschaften können durch Vermittlung des Jugendamts Kartenwerke der Preuß. Landesaufnahme zu ermäßigten Preisen beziehen. Die Kartenwerkseinheitsblätter wird in Erinnerung gebracht. Bedarf ist frühzeitig anzumelden.

— **Die Abgabe der Einkommensteuererklärungen für 1920** wird in der Zeit vom 1. März bis 22. März 1921 einschl. zu erfolgen haben. Deklarationspflichtig sind sämtliche Personen, deren Einkommen im Kalenderjahr 1920 mehr als 10 000 Mark betragen hat, sowie diejenigen Personen, denen ein Formular zugesandt worden ist. Die Formulare werden vom Finanzamt unentgeltlich abgegeben.

— **Der Märkische Arbeitgeber-Verband** sandte an die Reichsregierung folgende Drahtung: „Im Namen der Märkischen Industrie in den Kreisen Hagen und Schwelm, welche rund 60 000 Arbeiter beschäftigt, erlauben wir uns dringend, den Forderungen der Entente, welche die planmäßige Erdrosselung der deutschen Industrie zum Ziel haben, ein unerschütterliches Nein entgegen zu setzen. Schon jetzt haben die Pariser Beschlüsse zur Folge gehabt, daß zahlreiche Auslandsaufträge gerade der hiesigen, auf den Export angewiesenen Kleineisen-Industrie annulliert worden sind und viele Betriebe umfangreiche Stillegungen aus diesem Grunde vornehmen mußten. Der deutsche Export wird völlig zum Erliegen kommen, wenn die Ausfuhrabgabe zur Durchführung gelangen sollte. Durch den hieraus sich herleitenden Mangel an Devisen wird dann auch die Möglichkeit unterbunden, die erforderliche Einfuhr an Lebensbedürfnissen zu gewährleisten. Die Märkische Industrie erwartet von den deutschen Vertretern in London, daß sie in den bevorstehenden Verhandlungen diesen Standpunkt mit dem äußersten Nachdruck vertreten und sich nicht dazu herbeilassen werden, das Todesurteil der deutschen Wirtschaft zu unterschreiben."

— **Die Feuerbestattung 1920.** Die Zahl der Einäscherungen in den deutschen Krematorien ist im Jahre 1920 von 15 965 auf 16 846 gestiegen, obgleich die Krematorien in einigen Orten in den ersten Monaten des Jahres der Kohlenknappheit halber ganz geschlossen blieben. Es wurden bestattet in Ausburg 33, Baden-Baden 94, Berlin 3945, Braunschweig 209, Bremen 890, Chemnitz 626, Coburg 190, Danzig 165, Darmstadt 89, Dessau 109, Dresden 924, Eisenach 227, Eßlingen 52, Frankfurt a. M. 257, Freiburg 63, Friedberg 22, Gera 225, Göppingen 36, Görlitz 182, Gotha 649, Greifswald 68, Hagen 82, Halle 215, Hamburg 947, Heidelberg 137, Heilbronn 68, Hirschberg 117, Jena 240, Karlsruhe 163, Kiel 148, Königsberg Nr. 198, Konstanz 20, Krefeld 70, Leipzig 1184, Mainz 89, Mainz 292, Mannheim 313, Meiningen 119, München 515, Nürnberg 274, Offenbach 226, Pforzheim 89, Plauen 137, Pößneck 127, Reutlingen 19, Sonneberg 69, Stuttgart 533, Tilsit 27, Treptow 558, Ulm 57, Weimar 116, Wiesbaden 222, Zittau 171, Zwickau 249. Im ganzen sind bis jetzt in Deutschland 152 402 Leichen eingeäschert worden.

— **Das Rauchen in der Eisenbahn.** Für Nichtraucher- und Raucher-, sowie Frauenabteile in den Zügen treten mit dem Sommerfahrplan nach einer Verfügung des Reichsverkehrsministers neue Vorschriften in Kraft. Für Nichtraucher ist in den Personenzügen die Hälfte der Wagen oder Abteilungen 1., 2. und 3. Klasse, ein Drittel der Wagen oder Abteilungen 4. Klasse ohne Einrechnung der Frauenabteile zu bestimmen und innen wie außen zu bezeichnen. In Triebwagen ist das Rauchen verboten, in ihren Anhängewagen gestattet. Führt ein Zug nur ein Abteil 1., 2., 3. oder 4. Klasse, so ist darin ein Aushang anzubringen, wonach im Abteil nur unter Zustimmung aller Mitreisenden geraucht werden darf. Als Frauenabteil ist in jedem Zuge je ein Abteil 2., 3 und 4. Klasse zu bestimmen, wenn der Zug wenigstens 7 Abteile der Klasse führt. Keine Frauenabteile werden geführt in der 1. Klasse in Zügen ohne Wagen mit geschlossenen Abteilen, in solchen, die von Haupt- auf Nebenbahnen und umgekehrt übergehen, in Trieb- und ihren Anhängewagen, sowie im Nahverkehr, in Vorortzügen und auf Nebenbahnen. Ausnahmen bei Frauenabteilen sind zulässig für Schnell- und Eilzüge unter 150 Kilometer, für Personenzüge unter 100 Kilometer, für Frauen und Nichtraucher, für Züge im Vorort-, Nebenbahn- und Berufsverkehr.

Westfalen und Rheinland.

hn. **Hagen, 22. Febr.** Interessante Zahlen über die Quäkerspeisungen wurden durch Baumeister Schäfer dem Lebensmittelausschuß mitgeteilt. Deutschland ist in 8 Bezirke eingeteilt, in denen zur Zeit täglich 700 000 Portionen ausgegeben werden im Werte von je 2,50 Mk. Der Industriebezirk mit 60 000 Tagesportionen in 50 Städten bildet den Bezirk 1. Auf Hagen entfallen täglich 2750 Portionen. Die Verwendung von Hülsenfrüchten soll fernerhin eingeschränkt, dafür aber mehr Reis gegeben werden. Polen, Serbien und China haben sich an die Quäker gewandt, auch in ihren Ländern Speisungen zu veranstalten.

* **Hohenlimburg, 23. Febr.** Durch Vergaserbrand eines Autos fing die Kleidung eines Monteurs der Firma Hausemann Feuer, so daß der ganze Körper binnen in hellen Flammen stand. Es gelang dem zufällig herbeikommenden Besitzer mittels eines neuen, in großen Düten befindlichen Mittels, diese sofort zu löschen, sodaß der Verunglückte nur mit einem leichten Schaden davonkam.

* **Barmen, 22. Febr.** Der Bau eines Riesenhauses, eines „Wolkenkratzers", ist hier in Aussicht genommen von einem Konsortium, dem Vertreter von Handel und Industrie angehören, und dem wohl auch noch andere Kreise beitreten werden. Der Plan ist vom Architekten Jul. Beckmann hierselbst fertiggestellt. Das Hochhaus wird, falls es errichtet werden soll, auf das Bredtsche Grundstück Alter-markt-Unterdörnen zu stehen kommen, also im Brennpunkt des Verkehrs und somit sehr günstig liegen. Es ist vor allem daran gedacht, in dem Riesenbau Bureaus und Geschäftsstellen unterzubringen, auch beabsichtigt man die zu errichtende Garnbörse dort hinein zu legen. Auch würde sich die Unterbringung der Räume des Verkehrsvereins in dem Bau empfehlen, der jedenfalls der Wohnungsnot erheblich steuern dürfte. Wieviel Millionen mag aber so ein Kolossalbau kosten?

* **Duisburg, 21. Febr.** Schwindelhafte in die Millionen gehende Betrügereien wurden vor der hiesigen Strafkammer in einem auf mehrere Tage angesetzten umfangreichen Prozeß behandelt. Das Merkwürdige bei diesen Schwindeleien war, daß die Angeklagten bei ihren Opfern, unter denen sich auch die Städteverwaltungen Hannover und Leipzig befinden, den Eindruck zu erwecken suchten, daß sie Schieberwaren verschaffen könnten. Durch Uebergabe gefälschter Duplikatfrachtbriefe ließen sie sich überaus hohe Summen für die vorgeschwindelten Waren (Mais, Kohlen, Ammoniak), die aber in Wirklichkeit nicht vorhanden waren, auszahlen. Als Beteiligte an den Betrugsfällen standen 15 angeklagte Kaufleute aus den Städten Duisburg, Oberhausen, Düsseldorf und Hamburg vor dem Richter. Haupttäter waren der frühere Pächter der Blumenfäle in Oberhausen, Gustav Nelzer und ein Kaufmann aus Oberhausen, August Lütteken. Nelzer hatte mit dem Einkäufer der Stadt Hannover ein Geschäft über 3 Waggon Reis im Werte von ungefähr 135 000 Mk. abgeschlossen. Das Geld wurde gegen Vorzeigen des gefälschten Duplikatfrachtbriefes ausgezahlt. Nelzer hatte sich u. a. für das Geld einen Gutshof in Soldau gekauft. Ein gleich schwerer Betrug richtete sich gegen die Stadt Leipzig, wo der Angeklagte Lütteken als Haupttäter fungierte und durch allerlei falsche Manipulationen von der Fleischverteilungsstelle der Stadt Leipzig 643 000 „M" erschwindelte. Das Gericht erkannte wegen der Betrügereien gegen den Haupttäter Lütteken auf eine Strafe von 2½ Jahren Zuchthaus, gegen Nelzer auf 2 Jahre Gefängnis. Für die übrigen Angeklagten wurden Strafen von 2 Monaten bis zu 2 Jahren Gefängnis verhängt.

Theater und Musik.

Städt. Schauspielhaus Hagen.

Mittwoch 23. Febr.: Geschlossen. Donnerstag, 24. Febr.: „Die Ratten". Freitag, 25. Febr.: Nur einmaliges Tanz-Gastspiel der Elizabeth Duncan-Schule. Samstag, 26. Febr.: „Martha".

Morgen Donnerstag 20. Vorstellung im Abonnement B: Erstaufführung „Die Ratten". Berliner Tragikomödie von Gerhart Hauptmann. Am Freitag findet nur ein einmaliges Tanzgastspiel der Elizabeth-Duncan-Schule unter persönlicher Leitung von Elizabeth Duncan mit ihren aus Amerika zurückgekehrten Schülerinnen statt. Zur Darstellung gelangen Reigen und Tänze zu Musik alter Meister, Volkslieder aus dem 15. bis 17. Jahrhundert und zu Musik von Franz Schubert. Der Kartenverkauf für dieses Gastspiel findet an der Theaterkasse statt. Am kommenden Sonntag geht nachmittags 3 Uhr „Schwarzwaldmädel" und abends 7½ Uhr „Die Frau im Hermelin" in Szene. Ferner wird uns von der Intendanz mitgeteilt, daß für den 3. März der berühmte Schauspieler Albert Bassermann für ein einmaliges Gast spiel verpflichtet wurde.

Stadttheater Barmen.

Mittwoch, 23. Febr.: „Mignon". Donnerstag, 24. Febr.: „Wilhelm Tell". Freitag, 25. Febr.: Geschlossen. Samstag 26. Febr.: „Der Widerspelz". Sonntag, 27. Febr.: „Mignon" und „Tiefland".

Stadttheater Elberfeld.

Mittwoch, 23. Febr.: „Medea". Donnerstag, 24. Febr.: „Der Freischütz". Freitag, 25. Febr.: „Liselott von der Pfalz". Samstag, 26. Febr.: Geschlossen Sonntag, 27. Febr.: „Kater Lampe" und „Wilhelm Tell".

Kohlenbericht

des Kreiselektrizitätswerks Schwelm.
Kraftstation Gevelsberg.

Datum	Eingang t	Verbraucht t	Bestand t
23. 2	75	110	825

Amtl. Berliner Devisen-Kurse.

Für drahtliche Auszahlungen	21. Februar Geld	21. Februar Brief	22. Februar Geld	22. Februar Brief
Holland 100 Gulden =	2117.85	2122.15	2092.90	2095.10
Belgien 100 Frk. =	462.00	463.00	460.50	461.50
Norwegen 100 Kr. =	1064.50	1067.10	1058.90	1061.10
Dänemark 100 Kr. =	1000.35	1002.85	1066.90	1001.10
Schweden 100 Kr. =	1378.65	1381.40	1366.10	1368.90
Finnland 100 finn. M. =	197.90	198.20	192.30	192.70
Italien 100 Lire =	221.75	222.25	221.25	221.75
England 1 Pfd. St. =	386.75	389.25	237.50	237.50
Amerika 1 Dollar =	61.93	62.07	59.63	60.77
Frankreich 100 Frk. =	442.15	442.9	44.00	441.95
Schweiz 100 Frk. =	1011.25	1014.07	1004.45	1008.55
Spanien 100 Pes. =	846.65	848.35	846.15	850.85
Oesterreich 100 Kr. =	00.00	00.00	00.00	00.00

Verantwortl. für die Schriftleitung: H. Boswinkel
für den Anzeigen- u. Reklameteil: Wilh. Heckenräder
beide in Gevelsberg.

LACTO-EIPULVER (Lactovolin) Nicht mit minderwertigen Nachahmungen verwechseln!
Von 41 untersuchten Erzeugnissen das Beste!
Alleinhersteller: LACTOWERK WORMS-HORCHHEIM.

Drum so will ich wallen meines Pfad dahin,
bis die Glocken schallen und daheim ich bin.
Dann mit neuen Singen, jauchz ich froh dir zu,
nichts hab ich zu bringe, alles Herr bist du.



Gestern abend 9½ Uhr entschlief sanft und gottergeben unser guter Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder und Onkel

Gustav Wupper

im Alter von 62 Jahren.

Dieses zeigen tiefbetrübt an:

Frau Karl Schröder, Helene geb. Wupper
Frau Heinr. Külpmann, Anna geb. Wupper
Frau Aug. Bröking, Klara geb. Wupper
Frau Karl Niepmann, Hulda geb. Wupper
Fritz Wupper
Ida Wupper
Gustav Wupper
Karl Wupper
Karl Schröder
Heinr. Külpmann
Aug. Bröking
Karl Niepmann
und 9 Enkelkinder.

Gevelsberg, Barmen, Milspe, Voerde, Haspe, Hiddinghausen, 22. Febr. 1921.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom städt. Krankenhaus, innere Abteilung Mühlenstraße aus, statt.

Danksagung.

Für die uns beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen erwiesene Teilnahme sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank.

Familie Aug. Zimmermann.

Bekanntmachung.

Pächter des früheren Weber'schen Grundstücks oberhalb des Bettaals am Vogelsang, die auch für dieses Jahr Garten- bezw. Wiesenland weiter zu pachten wünschen, wollen sich umgehend im Rathaus, Zimmer 22, melden.

Gevelsberg, den 22. Februar 1921.

Der Stadtbaumeister: Kindler.

Bekanntmachung.

Die Ermittelung des Abstimmungsergebnisses der Wahlen zum Provinziallandtag und Kreistag findet in einer Sitzung des Wahlausschusses am

Donnerstag, den 24 Februar 1921, nachmittags 3 Uhr, im Kreisamt

— Barmer Straße 41 — hierselbst statt.

Schwelm, den 21. Februar 1921.

Der Wahlkommissar: Erdmann.

Die Anfuhr von Industriekohlen

(von allen Zechen) per Lastwagen übernimmt bei billigster Berechnung

C. Westermann, Kohlenhandlung

Telefon 766. Telefon 766.

In einer Stunde vertilgen Sie unter Garantie jede

Läuse-Plage

auch Flöhe mit Brut (Motten) b. Mensch u. Tier m. m. nat. gesch. Mittel „Scholda". Für Wunden u. Haare unschädl. Erfolge in Wahrh. erstaunl. gegen Wanzen. Ähnlich hingende Waschungen welche man als Abschwemmung anw. Herstellg. Erfolg. Anw. u. Gebrauchsanweisung erstklass. Essen. Zu haben in

Gevelsberg: Droguerie A. Schmermund, Mittelstr. 79.

In einer Stunde vertilgen Sie unter Garantie jede

Läuseplage

auch Flöhe i. Brut (Motten) b. Mensch u. Tier m. mein. best. gesch. Mittel „Scholda". Wunden u. Haare unschädl. Zu haben in Gevelsberg:

Friseur E. Saure, Hagener Str.
Friseur Thiel, Mittelstr. 82.

Ev. Männer- und Jünglings-Verein Gevelsberg.

Unser lieber Mitarbeiter

Herr Gustav Wupper

ist heimgegangen.

Zu seiner Beerdigung, Donnerstag, den 24. Febr., nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhause, Mühlenweg (früheres Lazarett), nimmt der Verein vollzählig teil.

Er ruht in Frieden!

Der Vorstand.

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg.

Mittwoch, den 23. Febr., abends 8½ Uhr:

Passionsgottesdienst

im Betsaal Vogelsang.

Pastor Sinn.

Forderungen aller Art

werden von erfahrenem Kaufmann energisch und diskret beigetrieben, evtl. gegen sofortige Kasse käuflich übernommen. Prima Referenzen. Gefl. Angebote an Schließfach Nr. 174 in Hagen erbeten.

Haus- und Grundbesitzer-Verein.

Jahres-Haupt-Versammlung

am Samstag, 26. Feb. ds., abends 7½ Uhr, im Saale Rosendahl mit der

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Kassenprüfer.
2. Geschäftsbericht.
3. Rechnungslegung.
4. Ergänzungswahl des Vorstandes.
5. Bericht über den Provinzialverbandstag in Dortmund.
6. Antrag an die Stadtverwaltung betr. Erhöhung der Mieten.
7. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen erforderlich.

Der Vorstand.

Näh- u. Zuschneide-Unterricht.

(Tages- und Abendkursus.)

Auf Wunsch einiger Damen habe ich den nächsten

Unterricht

auf Montag, 7. März 1921, verschoben.

Es können daran noch einige Damen teilnehmen.

Frau E. Jäcker, Wehrstraße 28, part.

Homöopathie.

Behandlung aller Krankheiten sowie operationslose Behandlung bei Frauenleiden. Auf Wunsch auch Behandlung außer dem Hause.

Frau M. Finkener, MITTELSTRASSE 27, Eingang Mittelstraße

Achtung! Nur einige Tage. Gevelsberg!

Unübertroffen auf dem Gebiet der



Handlesekunst

Die Deutung der Handlinien auf rein wissenschaftlicher Grundlage im

Gasthof Ratskeller (Inh. Aug. Bröckel) **Mittelstr. 55.**

Sprechstunden von 9 Uhr morgens ab.

Auch von Fürstl. und hohen Herrschaften.

Stabeisen, Rundeisen, Bandeisen, Bleche und Ia. Werkzeugstahl

liefert ab Werk oder Lager

E. Keller, Gevelsberg.

Telefon Nr. 435.

Persil

Persil bleicht

wäscht schneeweiß, ersetzt Rasenbleiche, schont und erhält die Wäsche,

spart Arbeit Seife u. Kohlen.

Bestes selbsttätiges

Waschmittel

Preis Mk. 4.— das Paket.

Henkel & Cie., Düsseldorf.



Frischen Schellfisch Ia. Bückinge Pfund 4.00 Mk. Kiste 18.00 Mk

empfiehlt

Ernst Berninghaus,

Inh.: Hugo Berninghaus.

Telefon 557. Telefon 557.

Für Industrie und Handel liefern vorteilhaft:

Kristall-Soda
Salmiakgeist
Wasserglas, filtriert
Kreide deutsche und französische.

J. & A. Wüffing,

Chemikalien-Großhandlung

Gevelsberg. Fernsprecher 90.

Kaufmännische Privatschule

Hilgers

Barmen, Stennertstraße 5, am Bahnhof Rittershausen.

Das neue Schuljahr beginnt Ostern

Kurse in allen Abteilungen für schulentlassene Mädchen und Knaben. Sonderkurse für Töchter und Frauen zur Mitarbeit im eigenen Kontor.

Sehnelltördernde wahlfreie Nachmittag- u. Abendkurse.

Alle Lehrmittel frei. Prospekte umsonst.

Mehrere tüchtige

Modellschlosser

sowie

Handformer

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Haspeer Eisengießerei, A.-G., Haspe.

Für das Büro einer hiesigen Fabrik zu möglichst sofortigem Eintritt ein jüngeres

Fräulein

zur Schreibmaschine und leichteren Bürohilfsarbeiten gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften unter B. 361 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Ein hiesiges Fabrikgeschäft sucht zum baldigen Eintritt ein

tüchtiges Fräulein

zur Bedienung der Schreibmaschine. Bewerberinnen, welche mit sämtlichen vorkommenden Kontorarbeiten vertraut sind und bereits längere Zeit tätig waren, wollen sich unter Angabe bisheriger Tätigkeit und Gehaltsanspruch unter Nr. B. 126 an die Geschäftsst. ds. Ztg. wenden (Stellung kann sofort eintreten).

Hiesiges, größ. Werk sucht zum 1. März 1921

Kontoristin,

die bereits eine mehrjährige Tätigkeit, in der auf einem Bohrturm, nachweisen kann, auch in erster Linie solche auch für die Reklame tätig und befähigt ist, Korrespondenz und Stenographie und Maschinenschreiben eben ist.

F. K. [illegible] die er [illegible]

Wegen Heirat des jetzigen zum 15. April ein ehrliches, sauberes und kinderliebes, älteres

Mädchen

für Küche und Haushalt gegen guten Lohn gesucht.

Mittelstr. ahe 19, I.

Tüchtiges

Mädchen

gegen hohen Lohn sofort gesucht.

Frau Elis. Hellmich, Mittelstraße 24.

Ev. Dienstmädchen

sofort gesucht.

Frau Leonh. Buß, Hagener Str. 7.

Stundenmädchen

auf 3 Tage wöchentlich, nach 6 Uhr nachm. gesucht. Meldg. in der Geschäftsst.

Gebrauchte

Küchen-Einrichtung

zu kaufen gesucht.

Von wem, i. d. Geschäft.

Aelteres, erfahrenes

Zweitmädchen

gesucht, das schon in besseren Häusern gedient hat.

Kölner Straße 7.

Mädchen sucht Beschäftigung

Kassier od. sonstige Arbeit zu suchen. Angebote unter E. P. 80 a. d. Geschäftsst.

Heute eingetroffen:

1 Waggon

Soester Brot

Bauernstuten mit Hefe, Semmel, Schwarzbrot

Carl Hahn,

Hagener Straße 45.

Brennholz

auf Ofenlänge geschnitten liefert frei Haus

Th. Lange

Königsburg.

Telephon 346.

Gesunde Moden

die jedem gefallen, die leicht nachzuschneiden

der FAVORIT-SCHNITT

Favorit-Moden-Album 3.—

Heinr. Bremke, Mittelstr.

Sauberes Zeichenloses

Bett mit Bezug

und eine

Nähmaschine

verkaufen

Wüppe, Kirchstraße 3.

Suche mehrere gute

Besitzungen

anzukaufen. Angebote sind an Heinr. Wettebbe, Körnerstraße 46 zu richten.

Fast neue Zither

zu verkaufen.

Buchstraße 11.

Guterh. Klavier

zu kaufen oder zu mieten gesucht. Angebote unter G. 1522 an die Geschäftsst.

Kräftiger

Handwagen

zu kaufen gesucht. An- u. mit Größe und Preis unter B. 44 an die Geschäftsst.

Schanzen

zu kaufen gesucht.

Jellinghaus & Co.

Wirtschaft, Gasthof oder ländl. Besitzung

ev. volle Ausspannung zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 111 an die Geschäftsst. dieser Zeitung, Meschede.

Deutsche Bank

Depositenkasse Gevelsberg

Hauptsitz Berlin

Grundvermögen und Rücklagen 510 Millionen Mark.

Eröffnung laufender Rechnung mit und ohne Kredit. Eröffnung von Scheck-Rechnungen. — Annahme von Depositengeldern. — Einziehung von Wechseln und Schecks. — An- und Verkauf von Effekten und Devisen. — Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren. — Einziehung und Aufnahme von Dokumenten. — Bestellung von Akkreditiven. — Übernahme von Vermögensverwaltungen. — Ausstellung v. Kreditbriefen auf sämtliche Hauptplätze des In- u. Auslandes.

Barmer Bank-Verein

Kapital: M. 150 000 000.— Hinsberg, Fischer & Co. Hauptstelle Barmen Rücklagen: M. 35 000 000.—

Schwelm — Gevelsberg — Milspe.

Eröffnung von laufenden Rechnungen, Scheck- u. Einlagekonten.

Ausführung aller bankmässigen Geschäfte, wie:

An- und Verkauf von Wertpapieren — Einlösung von Zinsscheinen und Sorten — Ausstellung von Kreditbriefen und Schecks — Einziehung von Dokumenten — Stellung von Akkreditiven.

Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren in eigenen diebes- u. feuersicheren Tresors. Vermietung von Schrankfächern.

Theatersaal Buschmann!

Gesellschaft „Gemütlichkeit"

Theatersaal Buschmann!

Sonntag, den 27. Februar 1921:

„Winzerliesel"

Operette in 3 Akten

Karten im Vorverkauf 4.— Mk.

In der Titelrolle: **Jsotta Magnano, Opernsängerin.**

Anfang 6 Uhr.

Schwelmer Streich-Orchester.

Kapellmeister: Collette.